

oder 6 Bezirke heruntergehen will, ist Sache der Einzelprüfung. Die 20 Bezirke, in denen zum Teil noch die alten Gemeinden fortleben, waren eine Uebergangs- und Kompromißlösung. Die Aufteilung der Berliner Kernstadt in die 6 Innenbezirke, die sich zunächst als Uebergangsregelung rechtfertigen ließ, ist meines Erachtens heute nicht mehr aufrechtzuerhalten.

2. Bezirksverjüngung und Bezirksamt sind nach dem Muster des süddeutschen Einbürgerungssystems zu einem Verwaltungskörper zusammenzulegen. Die Wahl der leitenden Beamten durch die Bezirkskörperschaft ist beizubehalten. Jedoch ist sowohl der Personenkreis, der diese Bezirkskörperschaft bildet, wie auch die Zahl der berufsmäßigen Bezirksamtmitglieder klein zu halten. Ich sehe — wahrscheinlich im Gegensatz zu vielen Parteigenossen — nicht auf dem Standpunkt, daß die Ueberzahl von Funktionären, wie sie jetzt zweifellos vorhanden ist, der demokratischen Durchdringung des Verwaltungsapparates förderlich ist.

3. Die unbefeheten Stadträte im Magistrat wie in den Bezirksämtern fallen fort. Dieses Ehrenamt war auf die bürgerliche Honoratiorenverwaltung der Klein- und Mittelstädte des vorigen Jahrhunderts zugeschnitten. Ein im Arbeitsverhältnis stehender Proletarier hat heute in Berlin nicht mehr die Zeit und die wirtschaftliche Möglichkeit, ein derartiges Amt mit seinen außerordentlichen Ansprüchen an Arbeitszeit und Arbeitskraft auszuüben.

4. Die Vorsitzenden der Bezirksämter sind Mitglieder des Magistrats, damit die zentralen Gesichtspunkte in den Bezirken, die Sonderinteressen der Bezirke in der Zentrale zur Auswirkung und gegenseitigen Durchdringung gelangen. Der Hauptfehler der heutigen Organisation besteht darin, daß die Verbindungsgelenke zwischen Zentrale und Bezirke viel zu schwach sind und daher in den leitenden Spitzen der Verwaltung keine Einheit besteht. Der Magistrat wird also künftighin sich aus Sachdeputierten (den jetzigen Fachadvisoren) und Ortsdeputierten (den Vorsitzenden der Bezirksämter) zusammensetzen.

5. Der Magistrat verliert sein selbständiges Beschaftsrecht, die Stadtverordnetenversammlung wird alleiniges Willensorgan der Gemeinde, der Magistrat wird Ausführungsorgan (demokratisches Einkammersystem). Die von mancher Seite angeregte Ersetzung des kollegialen Magistratsystems durch das rheinische Oberbürgermeisteramt kommt für Berlin nicht in Betracht.

6. Die laufende Verwaltung ist Sache der Bezirke. Soweit nicht die Natur der Sache eine zentrale Verwaltung gebietet, hat die Zentrale nicht selbst zu verwalten, sondern nur die Grundzüge für die Verwaltung aufzustellen und deren Innehaltung zu kontrollieren.

Diese sechs Punkte bezeichnen die Richtung, die m. E. der Reformbewegung gegeben werden muß. Eine im demokratischen Sinne durchgreifende Umgestaltung der Verwaltung darf freilich hier nicht halt machen. Soll der Wirkungstreis der Berliner Kommunalverwaltung gesteigert werden — und ich bin optimistisch genug, zu hoffen, daß nach der jetzigen Krise wieder ein neuer Aufschwung einsetzt — so muß zu der inneren Neuordnung, die lediglich den organisatorischen Aufbau ändert, eine Neuaufgrenzung der Zuständigkeiten zwischen den Staats- und Gemeindebehörden hinzutreten. Dieses Problem mündet in die allgemeine Verwaltungsreform ein, drängt aber in Berlin zur schleunigen Lösung, da gerade Berlins Gemeindevverwaltung aus historischen Ursachen, die sich aus der Eigenhaft der Stadt als Residenzstadt ergaben, unter einer Ueberfülle konkurrierender Staatsämter auf schwerste in ihrer Entfaltung und in der verwaltungsmäßigen Durchführung der großen Sachaufgaben gehemmt wird.

Am kurz und konkret zu veranschaulichen, was ich meine, mag als Beispiel für das ständige Ueberkreuzen von Zuständigkeiten der verschiedenen Verwaltungsebenen der Hinweis darauf genügen, daß wir neben den kommunalen Stadtämtern die staatlichen Kreisärzte, neben den städtischen Schulorganen die staatlichen Schulbehörden, neben den kommunalen Jugendämtern die Vormundschaftsgerichte, neben den Fachstellen der Stadtverwaltung zahlreiche Polizeiorgane mit reinem kommunalen Aufgabenkreis haben. Nicht die Zahl der Beamten ist zu groß, sondern die Zahl der Ämter! Eine durchgreifende Rationalisierung der Berliner Lokalverwaltung — dieser Begriff im weitesten Sinne auch auf die mit drücklichen Aufgaben besetzten Staatsinstanzen erstreckt — ist ein staatspolitisches Gebot der Stunde und darf auch vor ehrwürdigen Verwaltungstraditionen, insbesondere vor dem stillen, aber um so zäheren Widerstand der staatlichen Bürokratie nicht haltmachen. Wenn alle Kräfte der Partei sich zur Lösung dieser großen Aufgabe zusammenfinden, werden wir aus der gegenwärtigen Depression herauskommen und den Beweis erbringen, daß die Sozialdemokratie die Kraft und den politischen Willen hat, Berlin auf Grund freier Selbstverwaltung zur Hochburg des kommunalen und sozialen Gedankens zu machen.

„Sturmflut“ und Hochverrat.

Die Folgen des Geheimdrucks.

Leipzig, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts begann am Dienstag ein Prozeß gegen den 59 Jahre alten Buchdruckermeister Emil Fritz Pächter und den 49jährigen Schriftsetzer Emil Schuster, beide aus Berlin. Als Folge der Mai-Unruhen in Berlin wurde am 2. Mai 1920 die kommunistische Tageszeitung, die „Rote Fahne“ verboten. Die KPD gab im Mai 1920 eine Erzählung „Die Rote Sturmflut“ heraus, von der vier Nummern erschienen sind. Am 10. Mai wurde die Nummer vom gleichen Tage in der Buchdruckerei Streifand in Berlin in mehreren tausenden Exemplaren von der Kriminalpolizei beschlagnahmt. Die Inhaber dieser Buchdruckerlei Pächter und Friedländer wurden verhaftet, ebenso Schuster, der in diesem Betrieb als Schriftsetzer beschäftigt war. Friedländer wurde außer Verfolgung gesetzt, gegen Pächter und Schuster wurde die Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen das Republikanengesetz erhoben. Pächter gibt zu, die Zeitung in seinem Betrieb gedruckt zu haben, bestreitet aber, daß er gewußt habe, daß es sich bei der „Roten Sturmflut“ um eine Erzfälschung der verbotenen „Roten Fahne“ handelte. Er habe auch selbst gar kein Interesse, die kommunistische Partei irgendwie zu unterstützen. Zu der Verhandlung sind zahlreiche Jungen geladen. Das Urteil wird wahrscheinlich am Donnerstag verkündet.

Ein Stahlpfosten eingesperrt. Der Stahlpfosten der Kirchgemeinde Grunow in Mecklenburg-Strelitz, Stoppel, wurde am Dienstag verhaftet, da er in dem dringenden Verdacht steht, große Veruntreuungen begangen zu haben. Pfosten Stoppel war mehrere Jahre Verwalter eines Kasseienervereins in seinem Wirkungsort. Die Veruntreuungen wurden bereits vor längerer Zeit aufgedeckt. Damals wurde Stoppel zunächst seines Amtes als Pastor enthoben.

Das Zündholzmonopol beschlossen.

Vorstoß gegen Genossenschaften abgewehrt.

Der Reichstag hat am Dienstag das Zündholzmonopolgesetz und die damit verbundene Anleihe über 300 Millionen Mark mit 240 gegen 143 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen angenommen. Die Sozialdemokratie hat ihre Zustimmung gegeben. Trotz erheblichen Widerstandes stimmte auch die Deutsche Volkspartei zu, deren Fraktion für diesen Fall ausdrücklich Fraktionszwang beschlossen hatte.

Die Zustimmung der Sozialdemokratie ist erfolgt, obwohl gegen das Zündholzmonopolgesetz und gegen die Anleihe gewisse Bedenken bestanden. Entscheidend war für ihre Haltung aber, daß die Anleihe zur Sanierung der Kasse des Reiches unbedingt erforderlich ist, daß auf anderem Wege gegenwärtig ein so hoher Betrag von einer halben Milliarde Mark nicht aufgebracht werden kann, und daß das Scheitern dieser Anleihe mit unsehbarer Sicherheit zu einer erneuten Zahlungsnot des Reiches führen würde. Außerdem gelang es der Sozialdemokratie den Vorstoß sämtlicher bürgerlichen Parteien gegen die genossenschaftliche Zündholzproduktion im wesentlichen zurückzuweisen und den Versuch, auf diesem Wege dem Genossenschaftsgedanken einen schweren Schlag zu versetzen, zum Scheitern zu bringen.

Die Vorlage der Reichsregierung, die unter dem sozialdemokratischen Reichsfinanzminister Dr. Hilferding entstanden ist, sah vor, daß der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine eine Jahresproduktion von 23 000 Kisten garantiert werde und außerdem ein jährlicher Zuwachs von 1 1/2 Prozent gleich 345 Kisten. Da die Produktion der GEG im Jahre 1929 nur etwa 20 000 Kisten betrug und der Zündholzverbrauch ziemlich stabil ist, so war damit eine erhebliche Ausdehnung

der genossenschaftlichen Produktion gesichert. Gegen diese Bestimmung richtete sich daher der ganze Ansturm des Handels, der von den Zündholzgigant, die die Genossenschaften herstellen, eine schwere Konkurrenz erwartet.

Unter der Führung Sachens hat der Reichsrat Beschlüsse gefaßt, die der genossenschaftlichen Produktion überaus starke Fesseln anlegt. Die Ausgabe im Reichstags war deshalb für die Sozialdemokratie besonders schwierig, denn sie mußte nicht nur den Widerstand der bürgerlichen Parteien brechen, sondern der Vorlage auch eine Gestalt geben, durch die ein Einspruch des Reichsrats verhindert wurde. Diese Aufgabe ist erfolgreich gelöst. Statt der 19 000 Kisten, die der Reichsrat für die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine vorgegeben hatte, sind die 23 000 Kisten mit dem Reich für einen jährlichen Zuwachs von 1 Prozent gleich 230 Kisten durchgesetzt worden, die Sicherung für weitere Ausdehnung der genossenschaftlichen Produktion ist also gegeben. Der Versuch, die Genossenschaften zu zwingen, schlechtere Zündhölzer herzustellen, wurde ebenfalls abgelehnt. Dagegen wurde der Kleinhandels Höchstpreis von 30 Pfennig, der den Konsumgenossenschaften gestattet hätte, ihre Ware auch unter diesem Preise zu verkaufen, zu einem festen Kleinverkaufspreis von 30 Pf. umgestaltet, der weder unter- noch überschritten werden darf.

Es ist bedauerlich, daß diese Konzession gemacht werden mußte, aber da dies schließlich der einzige wichtige Streitpunkt zwischen Sozialdemokratie und den bürgerlichen Regierungsparteien war, konnte daran der Gesetzentwurf nicht zum Scheitern gebracht werden. Höher als dieser kleine Nachteil steht die Ermöglichung, daß der Angriff auf die genossenschaftliche Eigenproduktion überhaupt abgewehrt wurde und mit der Anleihe ein wichtiger Schritt zur Sanierung der Reichsfinanzen getan wird.

Nachprüfung der Reichskasse.

Ein Bericht des Rechnungshofes.

Dem Reichstag ist eine Denkschrift des Rechnungshofes des Deutschen Reiches zugegangen, die sich mit der Reichshaushaltsrechnung des Jahres 1927 befaßt. Die Beanstandungen von Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßigen Ausgaben bleiben hinter denen früherer Jahre zurück. In zahlreichen Punkten werden Vorbehalte gemacht, da die Prüfung noch nicht endgültig abgeschlossen ist.

Bei Reichswehrministerium wird mitgeteilt, daß für die eingehende Prüfung der großen Beschaffungsfonds für Heer und Marine, insbesondere der Verträge über den Bezug von Waffen, Munition usw., die bisher nur unzulänglich vorgenommen werden konnte, beim Rechnungshof ein weiterer Beamter angestellt worden sei. Das Ergebnis dieser Prüfung wird später mitgeteilt werden.

Zusammenfassend stellt der Rechnungshof fest, daß die zahlenmäßigen Ergebnisse seiner Prüfungstätigkeit für das Rechnungsjahr 1927 an fortlaufenden Winderträgen und Mehreinnahmen rund 2 020 000 M. und an einmaligen Winderträgen und Mehreinnahmen rund 1 117 000 M. betragen. Außerdem sind an Beiträgen, die zuviel ausgezahlt oder zu wenig erhoben worden waren, der Reichskasse als einmalige Einnahme rund 2 338 000 M. zugesprochen oder für die zukünftigen Jahre festgestellt worden. An Beiträgen, die zu Unrecht erhoben oder zu wenig ausgezahlt worden waren, sind aus der Reichskasse als einmalige Ausgabe rund 80 000 M. herausgezahlt worden.

Kostspieliges Verkehrsministerium.

Das Motorboot des deutschnationalen Ministers.

Im besonderen scheint sich die Prüfungstätigkeit des Rechnungshofes diesmal auf den Haushalt des Reichsverkehrs-

ministeriums erstreckt zu haben. Dieses Ministerium wurde im Jahre 1927 von dem deutschnationalen Verkehrsminister Koch-Düffeldorf verwaltet, und es mußt sehr eigenartig an, daß in diesem Jahre zum Gebrauch des Reichsverkehrsministers ein schnelles Motorboot für den Preis von 53 500 Mark beschafft wurde. Die Verhandlungen über die Zulässigkeit dieser Maßgabe zwischen dem Rechnungshof und dem Reichsverkehrsministerium schweben noch. Neben diesem Motorboot sind aber auch 12 000 M. für die Beschaffung eines Dienstkraftwagens für das Verkehrsministerium außerplanmäßig verausgabt worden. Auch über diese Ausgabe ist eine Einigung zwischen dem Rechnungshof und dem Ministerium noch nicht erzielt. Die übrigen Bemerkungen zeigen nicht gerade von übermäßiger Sparsamkeit. So sind für mehrere Studienreisen nach Amerika über 12 000 M. ausgegeben worden. Die Bedürfnisfrage für diese Studienreisen ist noch zu klären. Für Studienreisen hat man im Reichsverkehrsministerium anscheinend eine besondere Vorliebe. Zur Ausstattung für Sinnenfahrräder in Basel wurden 47 Beamte des höheren und mittleren Dienstes des Reichsverkehrsministeriums entsandt. Das kostete rund 9 000 Mark. Noch großzügiger war man bei der Verkehrsausstellung in München. Hier wurden über 100 Beamte des höheren und mittleren Dienstes entsandt. Das verursachte einen Kostenaufwand von über 14 000 M. Der Rechnungshof vermag ein unabwiesbares Bedürfnis für diese Ausgaben nicht anzuerkennen. Für den Bürodirektor des Reichsverkehrsministeriums wurde eine Wohnung beschafft, und dabei ist ihm ein Baukostenzuschuß gewährt worden. Der Rechnungshof bestreitet ebenfalls die Zulässigkeit einer solchen Ausgabe. Weitere Auseinandersetzungen zwischen dem Rechnungshof und dem Reichsverkehrsministerium gibt es noch auf dem Gebiet der Beilegung für das Luft- und Kraftfahrwesen. Auch hierüber sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Kleinarbeit im Landtag.

Kommunisten stimmen gegen ihren eigenen Antrag.

Der Preussische Landtag führte am Dienstag die zweite Lesung des Staatsdomänen zu Ende. Die ebenfalls auf der Tagesordnung stehende Abstimmung über den Haushalt der Staatsforsten ergab u. a. die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags, der eine Altersversorgung für die Staatsforstwerker fordert, und die Annahme eines ebenfalls von den Sozialdemokraten gestellten Antrages, den Forstarbeitern die Möglichkeit zum Aufrücken in Beamtenstellen zu geben.

Bei der darauf folgenden Abstimmung über den Bergetat brachten es die Kommunisten fertig, mit den Deutschnationalen und der Volkspartei gegen ihren eigenen Antrag zu stimmen, der vom Staatsministerium verlangt, daß die bergpolizeilichen und gesellschaftlichen Bergarbeiterbeschützmaßnahmen auch innegehalten werden, weil der in dem Antrag enthaltene Satz, daß unter keinen Umständen Ausnahmen gemacht werden dürfen, abgelehnt wurde. Der kommunistische Antrag wurde trotzdem, und zwar mit den Stimmen der Regierungsparteien, angenommen. Angenommen wurde ferner dabei ein Antrag, der durch Einwirkung auf die Reichsregierung höhere Frachttarife für Brennstoffe verhindern will und ein Antrag, der bei Rückgliederung des Saargebietes die ungeschmälierte Rückgabe der Saargruben und der Kohlenfelder bei voller Wahrung der Interessen der Bergarbeiter verlangt.

Ohne große Aussprache verabschiedete hierauf das Haus noch eine Reihe kleinerer Etats.

Die nächste Sitzung mit der Tagesordnung Haushalt des Reichsministeriums für Volkswohlfahrt beginnt am Mittwoch um 12 Uhr. Außerdem stimmte das Haus noch über den Antrag des Unterrichtsministeriums ab, die für Schleswig-Holstein vorgesehene pädagogische Akademie in Altona zu errichten. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 160 gegen 140 Stimmen angenommen. Damit ist der Antrag der Volkspartei auf Errichtung der pädagogischen Akademie in Flensburg gescheitert.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags beschloß die zweite Lesung des Republikanengesetzes am Dienstag, den 4. Februar, vorzunehmen.

Jungdo wird „parteilich“.

Er will eine neue Partei bilden.

„Der Jungdeutsche Orden“ hat unter seinem Hochmeister Ariur Rahraun bereits viele Aufrufe und vielgestaltige Parolen erlassen. Kern aller war aber immer, neben dem Kampf gegen den „Plutokratismus“, eine Kampfanfrage gegen den „Parteilismus“ in Deutschland.

Jetzt tritt er nun mit einem weiteren Aufruf an die Öffentlichkeit, der die Bildung einer neuen Partei ankündigt. Die „Volkssynationale Reichsvereinigung“, die von Rahraun gegründet wurde, soll „eine große Partei der nationalen Erneuerung“ werden, den Kampf gegen den Marxismus wie gegen „plutokratische Bergemaltungen“ führen. Sie fordert von ihren Mitgliedern „ethisch veranlagte, verantwortungsbewußte Aufbauarbeit auf dem Boden der gegebenen staatspolitischen Grundzüge“ und „Offenheit, Wahrheit und Reinheit im politischen Leben“!

Der Aufruf trägt eine große Zahl von Unterschriften, unter denen die Namen von Arbeitern natürlich sehr selten sind. Dafür aber sind der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete, Seminarlehrer Kuntze und der Landtagsabgeordnete Sörjen dabei.

Der Name „Volkssynationale“ ist zwar ebenso widersinnig wie „deutschnational“, aber vielleicht macht die neue aus dem Antiparteilismus geborene Partei eine bessere Politik als die Konkurrenz von rechts. Man wird nicht nur ihre Aufrufe, sondern auch ihre Taten ansehen müssen, wenn sie ein festeres Gebilde werden soll.

Heraufhebung der Altersgrenze für Hochschullehrer. Der Unterrichtsausschuß des Preussischen Landtags nahm mit den Stimmen der Rechtspartei, der Wirtschaftspartei und des Zentrums einen Gesetzesantrag der Zentrumsfraktion auf Heraufhebung der Altersgrenze für Hochschullehrer auf 68 Jahre an. Für die Sozialdemokratie hatte Abg. Kölling darauf hingewiesen, daß der Staat alles Interesse daran habe, den akademischen Nachwuchs zu fördern.

Selb und die neue Bundeshymne. Zu einer Wiener Schubart-Veranstaltung, an der der Bundespräsident teilnahm, wurde die neue schwarz-gelbe Bundeshymne gesungen. Alle Anwesenden, so meißt der Bericht, entzückten ihr Haupt, nur Bürgermeister Selb nicht. Er wurde deshalb ausgepfiffen.

Partei Treviranus.

Eine Kundgebung der „Volkonservativen“ Vereinigung

Im ehemaligen preussischen Herrenhaus machte gestern die neu gegründete „Volkonservative Vereinigung“, in der sich die abgeordneten Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei zusammengeschlossen haben, ihre Hauptversammlung. Diese „Volkonservative“ Vereinigung ist nicht zu verwechseln mit der „Volkonservativen“, die Wahren führt.

Rachin der Sprecher in der Kundgebung vier Reichstagsabgeordnete, zuerst der Vorsitzende Treviranus, dann der Landwirt und der Großindustrielle, zum Schluß der „Arbeitervertreter“. Treviranus führte aus, daß, obwohl auch er die Notwendigkeit einer Friedenspolitik nach außen anerkenne, die Volkonservative Vereinigung die Haager Abmachungen ablehne. Die wenig freilich im Volke die Notwendigkeit dieser Ablehnung begriffen sei, das beweise das Ergebnis des Hugenbergschen Volksentscheides, der nicht einmal ein Drittel des deutschen Volkes auf die Beine gebracht habe. Man habe geglaubt, daß gegen die organisierte Masse der Linken eine Organisation durch Geld helfen könne; man habe sich getrrt. In der Öffentlichkeit habe das Feldgeschrei wider den Marxismus am wenigsten Erfolg gehabt. Margistische Gedanken seien in immer weitere Kreise vorgegangen. Treviranus bekannte sich gegen den Gedanken der Diktatur; er will den Massen der Mißvergnügten und Abgeleiteten ein Dach errichten, das von den Säulen bodenständiger Gruppen aus weltanschaulichen Ideen heraus getragen sei.

Als Landwirt wendete sich Reichstagsabgeordneter Schlang-Schlingen scharf gegen Hugenberg. Er sagte: „Wir haben den § 4 im Freiheitsgesetz abgelehnt, weil wir sagen: Wer den guten Glauben anderer diffamiert, der diffamiert sich selbst.“ Hugenpolitik darf nie zu innerpolitischem Parteikampf degradiert werden. Sie muß vielmehr so betrieben werden, daß man über Parteigrenzen hinweg mit Ueberzeugungsgründen eine breite Front der Deutschen schafft.“ Als Schlang auf das Wort des Reichspräsidenten Hindenburg in seinem Neujahrswort hinwies, daß nur der wahrhaft national handele, der mitarbeitete an den Aufgaben der Gegenwart und am Aufbau der Zukunft, erwiderte der Zwischenruf „Seoring!“ Schlang schloß: „Wollt Ihr im Phrasennebel hinter der Entwicklung herlaufen oder mit hartem Wirklichkeitsinn in zähem Ringen uns diesen Staat erobern helfen?“

Der Schwerindustrielle Dr. Köhne bekannte, daß die Zeiten der Lohnkriegen in Deutschland endgültig vorbei sind. Die Arbeiter seien heute nicht bezahlte Diener, sondern Mitinhaber des Vaterlandes. (Durch wen wurden sie es, Herr Köhne?) Ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Arbeiter und Unternehmer sei zu erstreben. Trotzdem die Schwerindustrie selber „schwer“ sei, wolle sie der Landwirtschaft praktische Hilfe leisten. Hugenberg habe den Ausgetretenen vorgeworfen, sie hätten ihren Schritt nur getan, weil sie zur Mitleid drängten. Demgegenüber sage er, daß nach seiner Ansicht das Deutschland der Zukunft allerdings weder kommunistisch noch nationalsozialistisch sein werde. Im neuen Staate müsse die große Rechte gebildet werden.

Am letzten Stelle unter den Abgeordneten sprach als „Arbeitnehmervertreter“ Walter Lambach. Er will die Familie schützen und die Kindesseele vor Vergiftung bewahren. Er will feste Notkassen und eine allgemeine Harmonie herbeiführen. Er will aber auch dem Volke Halt und Wehrhaftigkeit geben. Dies glaubt er in der Volkonservativen Vereinigung zu erreichen. Von dem Kampf um die Lebensrechte der Arbeiterschaft sprach er mit keinem Wort. Auf einen theoretischen Vortrag über „Kollektivismus und Individualismus“ folgte eine kurze Aussprache, die gleichfalls nichts Neues brachte.

Am Montag abend empfing die künftige Volkonservative Vereinigung einen Kreis von Journalisten, dem sie über Zweck und Ziel der neuen Organisation Rede und Antwort stand. Ein Programm hat diese Vereinigung — wie Treviranus betonte — nicht. Sie steht weder zur Monarchie noch zur Republik, sie fühlt sich weder nach rechts noch nach links gebunden. Sie will den Kampf gegen die Sozialdemokratie, ohne auf das Schlagwort „Wider den Marxismus“ zu verfallen, sie fühlt sich „national“ ohne nationale Schlagworte dauernd aber ewig im Munde zu führen. „Wille zur Ehrlichkeit“ soll das oberste Ziel dieser neuen nicht als Partei, sondern als Vereinigung ohne jede Bindung gedachten Gruppe sein.

Kein Zweifel, daß diese Vereinigung sich aus Elementen zusammensetzt, die innerlich nicht übereinstimmen, und die nur unter dem Zwang der Tatsachen versuchen, eine Art Gemeinschaft zu bilden. Den Kern dieser Vereinigung werden die aus der Deutschnationalen Partei ausgetretenen und bisher führenden Mitglieder der Deutschnationalen Partei bilden. Der von der „Volkonservativen Vereinigung“ herausgegebene Aufruf ist z. B. von 450 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichnet. Es handelt sich dabei im großen und ganzen um bisherige Mitglieder der Deutschnationalen Partei, die Hugenberg die Gefolgschaft verweigert haben.

Die „Volkonservative Vereinigung“ wird demnächst eine Wochenchrift herausgeben, für die der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband zeichnet.

Becker in Wien.

Von Studenten am Reden verhindert.

Wien, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Der preussische Kultusminister Dr. Becker, der sich gegenwärtig in Wien zu Besuch aufhält, hielt heute abend im Kulturklub einen Vortrag über das Bildungsproblem in der Kulturkrise der Gegenwart. Hakenkreuzlerische und Heimwehrstudenten röteten jedoch den Vortrag, an dem auch der österreichische Unterrichtsminister und der Universitätsrektor als Zuhörer teilnahmen, durch ununterbrochene Zwischenrufe, so daß schließlich der Vortrag unterbrochen werden mußte, worauf die Studenten enerviert und die Schreier verhaftet wurden. Dann konnte Dr. Becker seinen Vortrag zu Ende führen.

Der russische General Kutepoff, ein intimer Freund des Großfürsten Nikolaus und ehemaliger Adjutant des Generals Wrangel, ist spurlos verschwunden. Die russische Emigrantenszene in Paris, deren unbedeutendster Führer der General war, hatte ihm ständig eine besondere Sicherheitswache gestellt. Sie hegt den Verdacht, daß Kutepoff von bolschewistischen Agenten in den Hinterhalt gelockt und entführt worden ist.

Der Deutsche Republikanische Reichsbund behandelt bei dem am Mittwoch, dem 29. Januar, stattfindenden Ausspracheabend im Saal des Demokratischen Klubhauses, Vittoriastraße 24, abends 8 Uhr, das Thema: „Vom Haag nach Genf“. Es spricht Wolfgang Schwarz, Schriftleiter des „Vorwärts“, Gäste willkommen.

Massenmörder!



„Rasch die Leichen fort! Draußen stehen die Deutschen!“

Handelschiffe und Seeabrüstung.

Neuaufrollung dieser Frage. — Tardieu fährt nach Paris zurück.

London, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Die Delegierten der fünf auf der Flottenkonferenz vertretenen Seemächte haben nunmehr die langwierigen Erörterungen über die Tagesordnung der Konferenz abgeschlossen und mit der Festlegung der Reihenfolge der zu erörternden Fragen die erste große Schwierigkeit, der sich die Konferenz gegenüber befand, erfolgreich überwunden. Da sich eine sachliche Einigung nicht erzielen ließ, hat man zu dem Ausweg Zuzucht genommen, die verschiedenen Fragen nach der „alphabetischen Parität“ der einzelnen Länder in Angriff zu nehmen. Auf diese Weise werden zuerst die amerikanischen Vorschläge, dann die französischen, die englischen usw. zur Diskussion kommen.

Der einzige wichtige neue Gesichtspunkt, der im Laufe des Dienstag auftauchte, war die Frage der

Einschließung der Handelschiffe

in die Tagesordnung. Die Frage wurde von dem japanischen Delegierten Kobayashi aufgeworfen. Dieser wies darauf hin, daß der Washingtoner Flottenvertrag ein Verbot der Ausrüstung von Handelschiffen für kriegerische Zwecke enthalte; der Artikel des Washingtoner Vertrages sei jedoch infolge der Entwicklung der Militärflotten und aus sonstigen Gründen in

seiner gegenwärtigen Form nicht mehr brauchbar. Nach Auffassung der japanischen Delegation muß die Konferenz das ganze Problem der Bewaffnung der Handelschiffe und ihrer Verwendungsmöglichkeiten als Flugzeugmutterchiffe neu behandeln. Diese Anregung wurde angenommen und die Erörterung der Frage auf der Konferenz beschlossen. Die Beschlüsse des Dienstag werden der Volkonsferenz am Donnerstag zur Billigung vorgelegt werden. In dieser Sitzung wird auch die Zusammenkunft der fünf Delegationsführer, in deren Rahmen sich in den letzten Tagen die Verhandlungen abspielten, offiziell zu einem Komitee umgewandelt werden.

Am Dienstag nachmittag fanden eine Reihe Sonderverhandlungen zwischen England und Japan und später zwischen Engländern und Franzosen statt. Die Einzeldiskussionen werden am Mittwoch fortgesetzt werden. Die Festlegung der Tagesordnung, und damit der Abschluß der ersten Etappe der Konferenz hat den französischen Ministerpräsidenten Tardieu zu dem Entschluß veranlaßt, im Laufe der nächsten Tage nach Paris zurückzukehren und Briand als Delegationsführer in London zurückzulassen. Tardieu hat jedoch zu verstehen gegeben, daß er, falls nötig, bereit sei, jederzeit wieder nach London zurückzukehren.

Finanzkapital fürchtet für Indien.

Indische Bonds fallen wegen der Selbständigkeitsbewegung

London, 28. Januar.

Gestern abend ist eine Erklärung des Staatssekretärs für Indien ausgegeben worden, die besagt, die britische Regierung werde nicht zulassen, daß in Indien die Verteilung von Schulden eine praktische Möglichkeit werde. Diese Zusage des Staatssekretärs erfolgte in Beantwortung einer Anfrage bezüglich der indischen Sterling-Obligationen, deren Wert während der letzten Monate erheblich gesunken ist.

Nachspiel zum Utrechter Dokument.

Eine Interpellationsdebatte in Brüssel.

Brüssel, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Der von der Utrechter Fälschungsaffäre her bekannte flämisch-nationalistische Abgeordnete Ward Hermans richtete am Dienstag in der Kammer Sitzung seine seit langem angelegentlichste Interpellation in dieser Angelegenheit an die Regierung. Er sprach in ziemlich aufgeregtem Tone. Seine Rede gab zu verschiedenen heftigen Zwischenfällen und einem Ordnungsruf Anlaß. Aber sachlich enttäuschte er, da er über die Utrechter Angelegenheit nichts wesentlich Neues sagen konnte und sich nur gegen die Anschuldigung verteidigte, an der Fälschung oder der Vermittlung der Fälschung nach Holland beteiligt gewesen zu sein. Im übrigen fehlte er sich sehr scharf mit dem bekannten ehemaligen Polizeipolier Frank Heine und seinen Auftragsgebern auseinander. Von etwas größerem Interesse waren die mehr grundsätzlichen Ausführungen Hermans über das belgisch-französische Militärabkommen, das so den Anlaß zu der Utrechter Fälschungsaffäre gegeben hatte. Er forderte die Regierung auf, endlich volle Klarheit über dieses Abkommen zu schaffen, da die Bündnispolitik mit Frankreich einen großen Teil der belgischen Bevölkerung sowie das Ausland beunruhige.

Ministerpräsident Jaspar, der die Interpellation beantwortete, hielt es nicht für nötig, auf diese grundsätzlichen Fragen einzugehen und beschränkte sich im wesentlichen darauf, mit Hilfe von Zitaten aus Ward Hermans Schriften einen Gegenangriff auf diesen zu richten. Ein großer Teil der walloonischen Abgeordneten war übrigens bei der Interpellation, die in flämischer Sprache begründet wurde, abwesend.

England und die Sowjetkredite. Der sowjetrussische Botschafter in London ist darüber informiert worden, daß es der Politik der englischen Regierung nicht entspricht, eine von einer fremden Regierung in England aufgenommene Auslandsanleihe zu garantieren. Dagegen ist es möglich, für solche Kredite, die von englischen militärischen Kreisen der russischen Handelsorganisation eingeräumt werden sollten, eine Garantie auf Grund der Exportkrise zu beschaffen.

Nordkomplott gegen Gil und Rubio.

Festgenommen geständig.

New York, 28. Januar. (Eigenbericht.)

In Mexico City wurde eine neues Nordkomplott gegen den Präsidenten Portes Gil und Dr. Rubio aufgedeckt. Siebzehn seit mehreren Tagen verhaftete Personen sind, nach polizeilichen Mitteilungen, geständig. Die Verschwörer, die der Partei Vasconcellos angehören, planten Sprengung von Regierungsgebäuden, Ermordung führender Staatsmänner und Auslösung einer Regierung Vasconcellos. Die Polizeibehörden treffen zum Regierungswechsel am 5. Februar umfangreiche Vorsichtsmaßnahmen.

„Prophet Dimitri Schulz.“

Eine seltsame sowjetistische Geschichte.

Ueber das von der Moskauer Staatsanwaltschaft aufgenommene Untersuchungsverfahren gegen die geheime Gemeinschaft „Alleiniger Tempel“, das nunmehr vor dem Abschluß steht, macht die amtliche Telegraphen-Agentur „Tas“ unter anderem folgende Angaben:

An der Spitze der Gemeinschaft stand ihr „Prophet“ Dimitri Schulz, früher Sprachlehrer an einer Behrenskult. Schulz übte auf die Mitglieder der Gemeinschaft, der auch junge Künstler, Schüler des Konservatoriums usw. angehörten, einen suggestiven Einfluß aus und veranlaßte sie inoffiziell zu gegenseitigen schweren körperlichen Züchtigungen. Auf die feierlichen Andachten der Gemeinschaft folgten stets zügellose Orgien, denen sich die Mitglieder der Gemeinschaft auf Geheiß des „Propheten“ hinzugeben pflegten. Die Gemeinschaft war von Schulz vor etwa sieben Jahren aus einer spiritistischen Gesellschaft gegründet worden. Schulz hat ein neues Evangelium verfaßt, das er „Trojstpruh“ nannte. Seine Lehre ist ein eigenartiges Gemisch, in dem

Bestandteile des Evangeliums, des Korans, des Talmuds, der Lehre des Konfuzius

mit den Auswüchsen seiner Phantasie verschmolzen sind. Die Lehre macht den Mitgliedern der Gemeinschaft Sabotage in Sowjetländern, Haß gegenüber der Sowjetmacht und Antisemitismus zur Pflicht. Alle 30 Mitglieder der Gemeinschaft wurden von Schulz auf unerhörte Weise ausgebeutet. Sie wurden sogar gezwungen, in den Straßen Moskaus zu betteln. Das geringste Vergehen wurde mit schweren körperlichen Züchtigungen bestraft. Die ermittelten Mitglieder der Gemeinschaft sind nach dem Gutachten der Sachverständigen kaum zurechnungsfähig; sie sind in Irrenanstalten übergeführt worden.

Nachschickensur in Rumänien. Eine Anzahl von Brestelegrammen Bukarester ausländischer Korrespondenten sind in den letzten Tagen von der Regierung jurüdgehoben worden.

Gleiche Brüder — gleiche Kappen.

Kommunisten und Nationalsozialisten im Rathaus.

Den Kommunisten der Berliner Stadterordnetenversammlung wird allmählich bange um ihren bisherigen Ruhm, die unerreichbaren Reiter der Demagogie zu sein.

Einigen Dringlichkeitsanträgen der Nationalsozialisten wurde widersprochen, sie kamen später zur Verhandlung. Einen besonderen Sport treiben die Nazis mit dem Widerspruch gegen erste Ordnungserweise.

Einer Vorlage des Magistrats gemäß, stimmte die Versammlung der Erhöhung der Feuerbestattungsgebühren auf 50 M. zu; bisher zahlten Selbstzahler 40 M. für die Einäscherung.

die Ankosten der Feuerbestattung die Einnahmen überfliegen.

Einern Ermäßigung des Sozials für Einwohner mit einem Einkommen bis 3600 M. jährlich konnten die Sozialdemokraten nicht zustimmen, da eine genaue Begrenzung auf diese Summe keine Gewähr dafür bietet, daß jemand mit wenig mehr Gehalt nicht trotzdem wirtschaftlich schlechter steht.

Bei einer Vorlage zur Kommisnahme betreffend Maßnahmen gegen die Wiedereinführung der Theaterzensur, die zurückführt auf einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, bemängelte

Genosse Platau,

daß der Magistrat, statt den Antrag an die zuständigen Behörden weiterzugeben, einen Beamten beauftragt hat, juristische Ratsfäden

aufzumachen, um die Richtwörterleitung zu begründen. Die Behandlung dieses Antrags sei ein

Beispiel mehr dafür, wie vom Magistrat Anträge der Stadterordneten behandelt werden.

Im übrigen dürfte man das Stück „Giltiges über Berlin“ des Kommunistenführers Koppel, um das es sich ursprünglich handelte, getrost sich selbst überlassen. — Eine Forderung von 159 165 M. für den Umbau des Rathauses Niederschönhausen zu einem Realgymnasium und 9100 M. für die Aufstellung der in Buch vorhandenen Schulbänke in Heinersdorf und Karow wurden beantragt.

Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die hohen Gehälter in den städtischen Gesellschaften abzubauen,

wurde nach der Vertagung am letzten Donnerstag fortgesetzt. Verbunden mit der Beratung sind Anträge der Kommunisten auf Erhöhung der Gehälter und Löhne städtischer Angestellter und Arbeiter und Entlassung arbeiterfeindlicher Beamten.

die Durchführung von Lohnerhöhungen nur den Gewerkschaften vorbehalten wissen wollen.

Wenn die Gewerkschaften dabei Schwierigkeiten haben sollten, so werden sie, falls sie darum ersuchen sollten, die Hilfe der Sozialdemokraten finden. Wir lehnen den Antrag ab. Bei bisherigen Empfängen der Stadt Berlin stand die Stadterordnetenversammlung stets vor fertigen Talschalen.

Am angenehmen wäre es den Sozialdemokraten, wenn solche Empfänge gänzlich aufhörten.

mindestens sollten sie in Form und Zahl herabgesetzt werden. Genosse Platau stellte einen Zusatzantrag des Inhalts, daß der Magistrat ersucht werde, die Empfänge nicht im bisherigen Umfang fortzusetzen.

Alaixio Azevedo Ein brasilianisches Mietshaus

Erst bei Tagesanbruch, als die Musik aufgehört hatte und die erschöpften Tänzer nach Hause gegangen waren, entfernte sich Jeronymo. Er sah, wie Rita von ihrem Liebhaber, der den Arm um ihre Taille gelegt hatte, ins Haus geführt wurde.

Am folgende Tag hörte Jeronymo mittags auf zu arbeiten und kam nach Hause, anstatt mit seinen Kameraden im Steinbruch zu essen.

„Was ist denn los, Jeronymo?“ „Nichts Ernsthaftes. Geh nur und tu' was ich dir gesagt habe.“ „Fühlst du dich denn sehr elend?“

„Herr Gott! So geh doch und tu' endlich, was ich dir gesagt habe. Nachher kannst du ja dein Rundwerk schnurren lassen, wenn unbedingt sein muß.“

Heilige Jungfrau! Es ging Jeronymo wirklich schlecht, und sie wußte nicht, ob es in der „Benda“ schwarzen Tee gab. Sie eilte voller Sorgen hinaus.

Die schreckliche Nachricht verbreitete sich rasch unter den Wochfrauen.

„Er hat sich in der Nachtluft erkältet“, versicherte die Heze, die nach Nummer fünf und dreißig eilte, um dem Patienten Heilmittel zu verschreiben.

„Ah!“ und seine Stirn glättete sich.

„Guten Tag, was machen Sie denn für Sachen, Rudybor? Sind Sie nur krank geworden, weil ich zurückgekommen bin? Wenn ich das gewußt hätte, wäre ich bestimmt fortgeblieben.“

„Haben Sie schon was eingenommen?“ „Seine Frau hat von schwarzem Tee gesagt.“ „Schwarzer Tee? — So ein Unsinn! Tee ist ja nur heißes Wasser. Sie sind erkältet, weiter nichts. Ich werde Ihnen eine Tasse heißen Kaffee machen, den Sie mit einem Schluck

Gegen die Rauschgiftseuche.

Sechs Kokainhändler und Schmuggler verhaftet.

Schon in den letzten Monaten des vergangenen Jahres war es den Kriminalbeamten des Sonderbezirks zur Bekämpfung der Rauschgiftseuche aufgefallen, daß der verbotene Handel in den westlichen Straßen und besonders am Kurfürstendamm wieder einen starken Aufschwung genommen hatte.

Wilde Männer vorm Schöffengericht.

Ueberfallen Vorsiehenden, Beisitzer und Justizwachmeister.

Ein unglaublicher Vorfall spielte sich vor dem Erweiterten Schöffengericht Neukölln ab, wobei am Schluß einer Verhandlung zwei Verurteilte, Mitglieder der Berliner Unterwelt, die ein langes Vorstrafenregister haben, über den Vorsitzenden herfielen und ihre im Saale anwesenden Freunde aufforderten, sich an den Ausschreitungen zu beteiligen.

Angelagt waren vorbestrafte Leute namens Lettow und Brauer wegen Betrugs und Urkundenfälschung. Lettow, der bereits 12mal wegen Betrugs und Urkundenfälschung verurteilt ist, wurde aus der Haft vorgeführt, während Brauer, der mehrere Vorstrafen hinter sich hat, in stark angegrabenem Zustande zur Verhandlung erschien.

„Baratn“ trinken müssen, und dann werden Sie mal sehen, wie Sie schwitzen und bald wieder munter sind. Warten Sie ein Augenblickchen.“

„Und sie stürzte davon, aber die Luft im Zimmer blieb von ihrer Gegenwart durchdrückt.“

Jeronymo brauchte nur diesen Duft einzatmen, um sich wieder mahlzufühlen. Und als Piedade schmer und sorgenvoll unter Selbstgesprächen zurückkam, spürte er, daß er angefangen hatte, sie zu hassen; er entdeckte allershand Fehler an ihr, die ihm bisher niemals aufgefallen waren, und ein ranziger Geruch, der ihm noch nie unangenehm erschienen war, fiel ihm unangenehm auf.

„Wie fühlst du dich jetzt, Jeronymo? Sprich doch, Mann: wenn du mir nicht antwortest, habe ich solche Angst. Tut dir jetzt etwas weh?“

„Nein Gott, so ein Frauenzimmer!“

„Aber ich sag' dir doch, ich nehme lieber etwas anderes ein.“

„Aber ich sag' dir doch, ich nehme lieber etwas anderes ein.“

„Aber ich sag' dir doch, ich nehme lieber etwas anderes ein.“

„Aber ich sag' dir doch, ich nehme lieber etwas anderes ein.“

„Aber ich sag' dir doch, ich nehme lieber etwas anderes ein.“

„Aber ich sag' dir doch, ich nehme lieber etwas anderes ein.“

„Aber ich sag' dir doch, ich nehme lieber etwas anderes ein.“

„Aber ich sag' dir doch, ich nehme lieber etwas anderes ein.“

„Aber ich sag' dir doch, ich nehme lieber etwas anderes ein.“

„Aber ich sag' dir doch, ich nehme lieber etwas anderes ein.“

(Fortsetzung folgt.)

Theodor Riegler: Er genießt die Aussicht

(Schluß.)

Als der Ober Franz Joseph Stulpe gewissenhaft und automatisch die Stühle auf die Tische gestellt und abgerechnet hatte, trat er, ein belangloser, soeben gekündigter Ober, einsam und stehen gelassen, auf die noch dunkle Straße. Ein Taxichauffeur verkroch sich steif vor Kälte, in einen unförmigen Pelzmantel und machte in der Richtung zum Ober, als er ihn gewahr wurde, eine konventionelle Bemerkung über den ungemütlichen Morgen. Aber Stulpe hatte keine Augen für das, was um ihn her vorging, er sah noch immer das verstärkte Gesicht der Sängerin, ihre hysterische und arrogante Leidenschaft, die sich freckhend an ein verlogenes, koloriertes Leben klammerte, und er dachte, daß ihr wie ihm vom Leben gekündigt worden war, und daß sie morgen eine ganz gewöhnliche Frau sein würde, verweint und ohne Distanz, überflüssig wie er selbst. Der Ober Franz Joseph Stulpe fand in irgend einer Tasche eine stark gedrückte Zigarette, aber er rauchte sie nicht, sondern schleuderte sie mit einer Bewegung des Widerwillens in den Schnee, denn plötzlich spürte er wie noch nie den bitteren, ungewaschenen Geschmack seines verbrauchten Gaumens, und er spürte, wie herrlich das kalte Blasen des Frühwindes seine übernatürlichen Schläfen aufstrichle. Dieser Ober, in Dunst und Nikotinluz als geworden, in geschlossenen Räumen zwischen Orchestertraum und Toilette, stieg, eingehüllt in einen dünnen Mantel, frierend von den unfauberen Ereignissen, die seine Vorstellung noch immer festhielten, auf den Schloßberg, eine kleine Erhebung mitten in der Stadt, die in einem Plateau endigte, von dem man die ganze apathische Verträumtheit des Provinznestes überblicken konnte. Zweimal in der Woche stieg Franz Joseph Stulpe, ein etwas romantischer Ober, auf diese Erhebung, die man den „Berg der Pensionisten“ nannte, Jahr für Jahr, um sich an die Bräuterei zu kehnen und auf den Schneenaugang zu warten. So stieg er auch jetzt mit andächtigen Schritten, wie ein Apostel, der einem Wunder nachgeht, über die Stufen empor, die in den Schloßberg eingebaut waren. Dieser Berg, einige Minuten von dem Lokal entfernt, in dem noch vor kurzem einer asthmatischen Sängerin durch den geschickten Wurf eines Weinglases das weltende Gesicht zerschneiden worden war, atmete um die frühe Stunde eine Feierlichkeit, der sich selbst der abgebrühteste Nachtsummler schwer hätte entziehen können.

So stieg der Ober Franz Joseph Stulpe empor, mit leise wehenden Frackschößen, und rosete und holte Atem und sah, wie die glühende Ampel der Sonne aus heftiger Ferne in den Tag wuchs. Als er oben angekommen war, ging er dicht an den Steinwall, der das steil abfallende Plateau schützend abschloß, und legte mit einer langsamen, beläufigen Bewegung die Hände hinter seinem Rücken zusammen. Hier hatte er oft gestanden, bevor er nach Hause ging, zu seiner mageren Frau und den Vögelern mit Sped, um sich dann niederzuliegen, wenn andere zu arbeiten begannen, hier wollte er gern, denn hier hatte er das Gefühl, nicht mehr der Ober Franz Joseph Stulpe zu sein, der den fremden Menschen Nacht für Nacht in den Mantel helfen mußte, denn niemand hätte sich hier erlauben dürfen, zu rufen: „Ober, geh!“ wenn Franz Joseph Stulpe in die aufgehende Sonne sah. Er kamte hier jeden Stein und lehnte sich gerade, irgendwie entlastet, an die kalte, erfrischende Mauer, als ihn ein sonderbarer Rärm aufhorchen ließ: eine größere Gesellschaft, die aus drei Herren und einer Dame bestand, war offenbar auf den Verlegenheitseinstfall gekommen, den letzten Rest einer

schalen, durchzechten Nacht auf diesem Plateau zu verbringen. Der eine von den drei Herren schwang mit geisthaften Bewegungen zwei große Weingläser, als wären es Keulen, und versuchte, den versteinerten Weg hinaufzuturnen, während sich die junge Dame, die von zwei anderen Herren gehoben wurde, an den Schößen seines Pelzmantels festhielt. So bewegte sich die eigenartige Gesellschaft unter leuchtendem Gelächter und schneeweißen Zwischenrufen in die Richtung des Obers Franz Joseph Stulpe, als der Herr an der Spitze plötzlich das Gleichgewicht verlor und trotz der komischen Bewegungen eines unsterblichen Seltzägers auf den Boden stürzte. Während die eine der beiden Weingläser ganz blieb, zerbrach die andere knallend an einer Stufenkante. Der rote Wein färbte den Schnee wie Blut. In diesem Augenblick drehte sich der Ober unwillig um. Einer von den Herren erkannte ihn und schrie: „Ober, noch eine Flasche!“

Der Ober Franz Joseph Stulpe hörte nicht. Er hatte die Frau bemerkt, die das Weinglas geworfen hatte, und sah, wie ein Feldherr, ohne sich zu bewegen, in die Landschaft, die zu strahlen begann. Der Herr, der geschrien hatte: „Ober, noch eine Flasche!“ jögerte zunächst, durch die unerwartete Haltung des Obers aus der Fassung gebracht, und war gerade im Begriffe, seinen Befehl zu wiederholen, als die junge Dame mit dem Monatel mit einem lauchenden Ruck ihren Mantel in den Schnee warf. Ohne sich um die warnenden Zurufe ihrer plötzlich nähierten gewordenen Begleiter zu kümmern, kletterte sie auf die vereiste, mit einer läuchenden Schneedecke belegte Steinbrüstung, wo sie, den Refrain eines Schlafers singend, geschickt und grazios zu tänzeln begann.

Der Ober Franz Joseph Stulpe, der die Gefahr erkannte, stand, die Hände über dem Rücken gefaltet, unbeweglich da und sah in die Landschaft. Er hörte, fast im Traum, wie ein Weinglas auf dem Eis zerplatzte, er sah die Gestalt der tänzelnden Frau in klar umrissenen Formen, aber die Gestalt war klein und sie tänzelte plötzlich ganz weit draußen, eine dunkle Marionette, die sich vom immer heller werdenden Horizont gepenstert abhob. Der Ober sah sie wie in weiter, unerreicher Ferne und wußte, daß diese Frau, die mit dem Leben spielte, nur noch durch drei oder vier Schritte von einer schmalen Spalte getrennt war, die leicht übersehen werden konnte, weil sie fast bis zum obersten Niveau der Steinbrüstung von schneigem Schutt ausgefüllt war. Es darf daran nicht gezwweifelt werden: Der unbescholtene Ober Franz Joseph Stulpe hatte die Absicht, die Frau durch einen lauten Zuruf zu retten, und seine Lippen bewegten sich, als ob er sagen wollte: „Holen Sie doch die Frau herunter“, aber es hörte ihn niemand, und es war, als habe er plötzlich die Herrschaft über seine Stimme verloren, die durch zwanzig Jahre, Nacht für Nacht, gesagt hatte: „Nehmen Sie vielleicht hier Platz“, „Hier sehen Sie sehr gut“, „Nein, es hat eben erst angefangen“, „Die Zigaretten kommen gleich“, „Geradeaus, zweite Tür links“. Und der Ober stand da, ohne Haß und ohne verbindliches Nachhaken, unfähig, ein Wort zu sagen, und hielt die Hände hinter dem Rücken gefaltet und ärmte die strafende Sonne, er, der unbescholtene Ober Franz Joseph Stulpe. Er vergaß die Wirklichkeit seines monotonen Lebens, er war plötzlich irgendein namenloser, unbekannter Stillist, der die Aussicht genießen durfte, er holte keine Hut und keine Sorgen, dicht an der Mauer stand er, der Ober Franz Joseph Stulpe, und sah in die Sonne, ein komischer Apostel im Frack, und hörte nur von fern den Schrei, den eine Frau ausstieß, die über dem Felsen lautlos in der Tiefe verschwand.

Walther Appell: Aus Sachsen

Im Restaurant.

(Monslog einer sächsischen Mutter.)

Kommt, Kinder, hier ist noch a ganzer Dusch frei! Da brauchst gar nich so dumm zu gucken, sie zwee'e, mir sejen uns drwegen mit her. Mir hamn hier genau soviel Anschbruch wie sie. Noch fiel mehr, weil mir hier seche sinn. Das tenne ihn' so bassen, daß enne deitsche Familie wieder abriden mihte um kein Kaffee kriegle — wegen so enn unsfheilradhn Bleswobar. Das gloowich, da hamme nu gedacht, se tenn hier midnander offn Kannebes rum-schmusen, — das tenn mir schon! Aww unfer Geld ist ooch tee Biech. Komm, Baul, seh dich niemer zu denn Mann, brauchst teene Angst zu hamn, der ders dir nich duhn. Nu nee, Fader, so machn mir das nicht! Du seht dich nich nähm das Freilein! Dazu gehn mir nich Sonndags schbazlern, daßde hier rumbuffiern fannst mit so emm grien' Dinge. Se hat dr wohl mitm Dogen zu gebißchert, daßde dich bei se sejen sollst? So sieht die schonn aus, mit ihren Buumitobb. Also mach, schbeh off, laßn Alfred danein. Und nemm emal da Horchdel ausn Kinderioagen, den legen mir in de Ecke offs Kannebes — ja Freilein, da rickens ähm gefälligst a bissel zu. Aww bassen se off, der hat forhin seine Flasche gedrunken. Ach — dr Kellner. Nu lassen se een nr meglichst erscht sejen. Sinne nich so offdringlich. Mir wern schonn noch beschdelen. Was war? Hast du nich grade was gefagt, Fader? Awe, mit Elemer, da werd nicht, sonwogen a kleenes Helles. Mir drinken Koffee. Also horchense mal, Ohwer! Uns bring se enne halwe Borzjon Kaffee. Rieh so deier, sieleldt frn Fußzger. Aww teen' Bohnstasse! Mir sinn nämlich frweent in der Besichtigung. Also nomr, um jedes Dassen drzu, um enn dich'gen Dobb heeches Wasser. Aww bissel sig! Awe, drzu brauchn mir nichsicht. Rieh hamn drheeme Kwart-suchen gebaden. Gibb mal s Ballet her, Frieda, um daß des habe schonn weecht, sonwogen schbäder mel ooch so min Kerin hauchen rundreim wie die, das bilde dr nicht ein! Nach nr, mir hamn Hunger! So, mei Horchdel, das ist deine. Ja, Freilein, da erschredens. Aww wenns Angst hamn, daßde sie sollschmiern tenne, schbade se doch ihrer Bäge! Uns sehl, sowiso nach a Blag fr unsre Hexa. Was istn, Alfred? Ach ja. Ja, den Zucker kannste dir ruhig nemm, den brauchn die zwee Berohn' nich alln. Und Rieh hamms ooch noch drinne. Hier, Rurd, kannste glet aus denn Dinge drinken, da machn mir nicht erscht sel Umschbände. Willste ooch a Schbidt Kuchen, Fader? Was, der sebrägt sich nich mitn Bier? Mit was denn jr Bier? Nimm nr ruhig a Schbidel, aww nich so a großes. Gude nr, wies n Horchdel schmedt, — wisch dr nich de Finger an Anzug, Alfred, Frieda, daß a bissel offn off, der sollte ans Duschdusch wischen, oder ans Kannebes! Wisch se nur rickd'g ab, ach ja, das ist denn Mann seine Hofe. Nu, das ist ooch

nich gefährlich, meegen se doch nicht eener deitschen Familie dr Blag wegnem, die sinn doch hier nich drheeme. (Das junge Paar zahlt und geht.) Ja, machense sich fort! Aww bildense sich nich edwa ein, dasse uns da drmit ärgers tenn! Sie man mir nämlich glet unsmbahdich, wo mir reinkom'. Gut mal, obje noch Kaffee in dr Kanne hamn, Fader, — dreht eich nich nochmal um, ihr . . .! So, nu machts eich scheen betwähm, seht eich a bissel bree, s komm' noch Beide. Nu, hier derj niemand mehr, her, das ist unfer Dusch! Ach, dr Kellner. Komme, schdeln ses her. So, um nu bringe uns glet noch zwee Kann' heeches Wasser!

Theorie und Praxis.

Babbo, unfer Löhner hat gefagt, das dächt gar nich Been heißen, sondern B . . . sein, um das dächt B . . . baum heechen anschbadd Boom, ach um noch olef, ich weech bloß nich mehr alles. Ke haar was, da habb ich iemrhaubt nich rausgebracht, da hat der eegal wieder gefagt, das l, das ich sagen dächt, das war falsch. Das mihte . . . na ja, ich weech ooch nich, das mihte ähm i heechen. Aww anderj. Bei denn klang das a bissel anderj. Friebling um iemr'fing, um Diers, das sinn solche Worde. Da hat der gefagt, bei mir mihte nr nich, ob ich ämne Schduhmidiere meen oder de wilden Diers in dr Wiese.

Die meegens nr halwegs machen! Aww was ist's? Well se nich genug zu duhn hamn, da disteln se mer weech was fr Bledstun aus. Anschbadd daß'n Kindern erleichtern, da machn sie'u so schwer. Solche künstliche Schbtrachen, die mihten direkt scholen sinn.

Der hat awr doch gefagt, die andern dächten so reden. Was du se andre? Nu, in Breißchen die, um in Diering', um in Blesow, um Hannohfer.

Das geht doch uns nicht an! Da tenn doch mir nich drfor! Aww reden duhn die wärslich so?

Ich gloowe. Warum reden die'n so? Das weech doch ich nich. Wahrjcheinlich, weilse enn Kladsds hamn.

Da sinn die wohl nich ganz richt'g? Scheinbar. So, Aww . . . awr Menschen sinns drwegen ooch?

Nu ja, ähm abgesehn dofan. Unser Löhner ist ganz begreiffert san denn, ähm wegen ihrer Schbtrache. Der hat gefagt, mir solln uns nr immer scheen Wieche gähm, um nr solldens unfern Leudern sagen, se machden drheeme recht scheen off uns offbassen, daß mir immer so reden. Da dächten mihtich in dr Schule fiel ähr tern'.

Was? Das hat der gefagt? Da will der uns Forjchritten

machen? Also, mei Kind, daßde des glet weecht: da werd noblerlich nicht draus! Um wenn wieder mal jowas sagt, da kannstn jon mir enn scheen Gruß sagen, um ich hadde gefagt, in meiner Wohnung habdr nich zu kriegen! Um das sollt sich ee fr allemal merken: in seiner Schule da kannr meindwegen machen: waar will. Aww in mein fier Fähl'n da bin ich frn heilsichen Anschband frand-wördlich. Um der beschdeht bei mir dadrinne, daß deitich ge-redt werd!

Die „innere Uhr“

Der Zeitsinn bei vielen Menschen und bei einer großen Anzahl von Tieren ist ein großes Rätsel. Es gibt Menschen, die auch ohne Uhr fast auf die Minute genau wissen, wie spät es ist. Das will nicht sehr viel sagen, wenn die Menschen wach sind; denn die Tagesstunde drückt sich auch in der Helligkeit und in der Atmosphäre der Zeit aus. Viel rätselhafter ist es schon, wenn Menschen in sich gewissermaßen eine „innere Weckuhr“ tragen; denn es gibt sehr viele Personen, die zu einer bestimmten Stunde aufwachen können, wenn sie es sich am Abend vornehmen, während andere ohne Weckuhr bestimmt die Zeit verschlafen, wenn sie zur bestimmten Stunde aufstehen müssen und nicht geweckt werden. Wieso ist es nun möglich, daß ein Mensch am Abend vorher erklärt, er wolle Punkt 6 Uhr erwachen und sein Körper diesem inneren Befehl tatsächlich Folge leistet? Man hat den Versuch gemacht, dieses Phänomen mit Hypnose zu erklären, ohne dadurch in der Lösung des Rätsels tatsächlich weiterzukommen. Noch seltsamer erscheint der Zeitsinn bei gewissen Tieren, zum Beispiel bei Bienen. Neue Forschungen, die A. Belling mit dreifleren und numerierten Bienen anstellte, zeitigten ganz erstaunliche Ergebnisse, über die er vor einiger Zeit in der „Zeitschrift für Vergl.-Biol.“ berichtet. Schon früher wurden von anderen Bienenforschern Untersuchungen über den Ortsinn der Bienen angestellt. Eine Anzahl von Bienen stellen sich an jedem Nachmittag auf der Veranda eines Gartenhauses ein, wenn der Besitzer seinen Nachmittagskaffee trank und dabei Honig und eingemachte Früchte genoss. Da er sehr pünktlich um vier Uhr desperste, so kamen die Bienen ganz pünktlich um vier Uhr an und immer zur selben Stelle. Als er eines Tages den Ort seines Nachmittagskaffees verlegte, um festzustellen, ob die Bienen auch ohne die Anwesenheit des Honigs die frühere Stätte finden würden, umflogen die Bienen um vier Uhr unausgeseht die Stelle, wo vorher immer der Kaffee gestanden hatte, ein Zeichen dafür, daß sie einen ausgezeichneten Ortsinn besitzen. Nun ist fernerhin bekannt, daß sich viele Bienen nur zu bestimmten Tageszeiten öffnen, und daß die Bienen zu denselben Zeiten die Blüte besuchen. Ganz besonders bemerkenswert ist fernerhin die Tatsache, daß die Bienen die Suchweizenfelder hauptsächlich in der Zeit von 9 bis 11 Uhr am Vormittag besuchen. Man konnte daraufhin feststellen, daß der Suchweizen gerade um diese Zeit den Restar ausschleibt. Belling machte nun mehrere Experimente, um hinter das Geheimnis des Zeitsinns der Bienen zu kommen. Mehrere Bienenstöcke brachte er in einem Zimmer unter, das ständig die gleiche Beleuchtung aufwies. Dadurch wurden die Ursachen für den Zeitsinn der Bienen, die in der wechselnden Beleuchtung liegen konnten, ausgeschlossen. Nun erhielten die numerierten Bienen ihre Nahrung zu bestimmten Tageszeiten. Schon nach kurzer Zeit hatten sie sich die Stunden genau gemerkt und erschienen auch dann an der Futterstelle um die gleiche Stunde, wenn kein Futter hingestellt worden war. Es scheint daraus hervorzugehen, daß äußere Bedingungen auf die Unternehmungen der Tiere keinen Einfluß haben, sondern daß ein Zeitsinn vorhanden sein muß, zumal nicht nur jede beliebige Tageszeit für die Fütterung gewählt werden konnte, sondern auch mehrere auseinanderliegende Stunden an einem Tage, an denen den Bienen die Fütterung hingestellt worden war, von den Tieren ziemlich pünktlich innegehalten wurden. Mit diesen Forschungen ist man dem Wesen des Zeitsinns noch nicht nahegekommen, aber sie ergeben ein ziemlich klares Bild von dem Vorhandensein dieses Sinnes bei den Bienen. Dadurch findet auch eine ähnliche Erscheinung, die bei vielen Menschen festgestellt werden kann, eine bemerkenswerte Beleuchtung, und es erscheint nur seltsam, daß nicht alle Menschen trotz ihrer höheren Intelligenz diese innere Uhr besitzen, die man wohl bei den meisten Tieren mehr oder weniger annehmen muß.

Das kugelförmige Krankenhaus. Ein sonderbares Krankenhaus ist in der amerikanischen Stadt Cleveland errichtet worden. Es besteht aus einer vollkommen runden, mit Aluminium überzogenen Stahlkugel, in der fünf Stöckwerke untergebracht sind, und dient dazu, Zuckerfranke, Blutarmer und Patienten mit anderen Krankheiten einer besonderen Behandlung mit komprimierter Luft zu unterziehen. Das Verfahren wird, in Ergänzung der sonstigen medizinischen Methoden, von Dr. D. A. Cunningham in diesem nach ihm benannten Sanatorium ausgeübt, in dem die Kranken bis zu fünf Tagen mit komprimierter Luft behandelt werden. Man betritt die Stahlkugel durch eine Art Tante, der sie mit dem Verwaltungsgesäude verbindet. Das kugelförmige Sanatorium hat einen Durchmesser von 22 Metern und ist mit allen erforderlichen Bequemlichkeiten ausgestattet. Im Erdgeschloß befindet sich der Speisesaal, die drei nächsten Stöckwerke enthalten die Krankenzimmer und Behandlungsräume, und darüber ist ein Erholungsraum untergebracht. Die Fenster bilden keine runde Luft, ähnlich wie Kugelfenster. Die hier besonders schwierige Kühlung der Speisen, Heilmittel usw. erfolgt durch fahrbare elektrische Kühlapparate.

Die sich der Großstadtlärm zusammenschließt. Die Pariser Stadtverwaltung hat in einem verhältnismäßig stillen Winkel von Paris ein Mikrophon aufgestellt und Grammophonplatten von dem ausgehenden Lärm herstellen lassen. Es ergibt sich daraus, daß Autoshupen und Sirenen ein Viertel des Großstadtlärms ausmachen. Motorengeräusch abschleibt 36 Prozent, Trambahnen und Lastwagen verursachen 11 Prozent des Lärmes, das Geräusch beim Abladen von Warenkisten 9 Prozent, das Knirschen der Bremsen 2 Prozent, der Auspuff von Motorrädern 5 Prozent, Pfaffen der Polizeisten 1 Prozent, der Rest entfällt auf diverse Geräusche wie Hammer-schläge, Kindergeschrei usw.

Rebelskäfte. London, das wegen seines Rebels berüchtigt ist, schlägt in dieser Hinsicht doch nicht den Rekord. Auch New York hat schwer unter Rebel zu leiden. Auch in den Südstaaten Amerikas, an der Mündung des Mississippi in den Golf von Mexiko, sind Rebel häufig. Ebenso ist der Rio Plate in Argentinien bekannt wegen der Rebelmengen, die sich an seinen Ufern sammeln.

Der älteste noch bestehende Kalender ist der jüdische, der seit 3761 v. Chr. besteht, also 5690 Jahre alt ist. Die kürzeste Lebensdauer aller Zeiträumungen hatte der Kalender der französischen Revolution, der 1793 eingeführt und 1805 durch Napoleon wieder abgeschafft wurde. Er bestand also nur zwölf Jahre.

Das kleinste Restaurant der Welt befindet sich in Paris; es hat nur für fünf Personen Platz.

Der Staat und die Reichsbank.

Die Notenbanken in anderen Ländern. — Deutschland ohne Beispiel.

Die Diktatur Schachts über die Staatsfinanzen und seine außenpolitische Nebenregierung legen die Frage nahe, wie weit in anderen Ländern die Autonomie der Notenbanken geht. Denn bis weit hinein ins demokratische Lager wurde die Notwendigkeit der Reichsbankautonomie als schließendes Dach über den diktatorischen Ehrgeiz Schachts gebreitet und behauptet, die wichtigste Voraussetzung für die Sicherheit der Währung werde erschüttert, wenn der Staat sich gegen Schacht zur Wehr setze. Deshalb ist es wichtig zu wissen, wie weit die Rechte des Staates gegenüber der Notenbank in anderen Ländern gehen, deren Währung nicht weniger solide und stabil ist wie in Deutschland. Vorauszuschicken ist, daß es kein Land der Welt außer Deutschland gibt, in dem die Autonomie der Notenbank so verstanden wird, daß die Notenbank über die Finanzpolitik des Staates und der Kommunen herrschen kann. Eine Institution wie die Beratungsstelle gibt es in keinem anderen Land und wäre auch in anderen demokratischen Ländern undenkbar.

Autonomie im weitesten Sinne hat nur die Bank von England.

Wenn man von Deutschland absteht. Die Bank von England ist rechtlich eine rein private Aktiengesellschaft. Ihre 24 Direktoren werden von der Generalversammlung der Aktionäre gewählt. Der Gouverneur, der faktisch die Bankpolitik dirigiert, wird auf zwei Jahre ernannt; seine Wahl bedarf nicht der Bestätigung durch die Regierung. Das demokratische England hätte natürlich mit einer derartig weitgehenden Autonomie der Notenbank schon längst aufgehört, wenn nicht faktisch das Verhältnis zwischen Notenbank und Staat ein viel engeres wäre, als es aus dem Wortlaut der Statuten hervorgeht. Die Politik der Bank von England befindet sich durchweg und ständig im Einklang mit der Wirtschaftspolitik der Regierung; selbstverständlich richtet sich dabei nicht die Wirtschaftspolitik der Regierung nach der Bankpolitik der Notenbank, sondern das Verhältnis ist umgekehrt. Vor allem haben die Kreditempfänger der Bank von England kein Recht der Mitbestimmung, sondern nur die Kreditvermittler auf Provision (die Accept-Brokers).

Auch in den meisten anderen Ländern ist die Notenbank eine private Kapitalgesellschaft; trotzdem scheidet sich der Staat meist einen personellen Einfluß auf die Leitung. So werden

In Dänemark und Holland

die Leiter der Notenbank zum Teil von der Regierung — und zum anderen Teil von den Aktionären — bestellt, und in Frankreich und Oesterreich wird der faktische Leiter der Notenbank (in Frankreich der Gouverneur, in Oesterreich der Präsident des Generalrats) sogar ausschließlich vom Staat ernannt. Die Organisation der Notenbanken

In Frankreich und Oesterreich

ist auch sonst bemerkenswert. Die Bank von Frankreich wird von einem Generalrat geleitet, der auf fünf Jahre von der Regierung ernannt wird. Die übrigen Mitglieder des aus 18 Personen bestehenden Generalrats werden von der Generalversammlung der Aktionäre, und zwar ebenfalls auf fünf Jahre, gewählt. Der Staat ist überdies durch einen Staatskommissar in der Nationalbank vertreten, der über die Einhaltung der Gesetze und Statuten zu wachen hat. Sehr interessant ist die Zusammenlegung des Generalrats. Obwohl er von der Generalversammlung gewählt wird, ist diese bei der Wahl nicht frei. Die Spitzenorganisationen der Arbeiterbewegung, der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels, der Banken und der Sportstätten präsentieren der Generalversammlung je drei Kandidaten für den Generalrat, von denen die Generalversammlung je einen zu wählen hat. Ferner ist ausdrücklich vorgesehen, daß höchstens vier Mitglieder des Generalrats Bankvertreter sein dürfen. (In der deutschen Reichsbank sind sechs von den sieben deutschen Mitgliedern des Generalrats führende Bankiers und der Präsident ist der Reichsbankpräsident selbst.) Oesterreich ist das erste Land, in dem ein Arbeitervertreter der leitenden Instanz einer Notenbank angehört.

Die Schweiz und Schweden.

Einen anderen Typus von Notenbanken haben die Schweiz und Schweden. In der Schweiz ist der Staat kapitalmäßig an der Notenbank beteiligt, und zwar in der Form, daß die Aktienmehrheit der Notenbank — der Schweizerischen Nationalbank — sich in den Händen der Kantone bzw. Kantonalbanken befindet. Noch stärker überwiegt der Staat im Bantrat, der leitenden Instanz der Notenbank. Er besteht aus 40 Mitgliedern, von denen 23 vom Bundesrat gewählt werden, der Rest von der Generalversammlung, in der aber ebenfalls der staatliche Einfluß dominiert (die Kapitalmehrheit ist öffentlich). Ueberdies ernannt der Bundesrat den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Bantrats und die (vom Bantrat vorgeschlagenen) Direktoren.

In Schweden gehört die Notenbank ganz dem Staat — ein Ausnahmefall, den wir nur noch in wenigen anderen Ländern wiederfinden. Die Notenbank Schwedens, die Schwedische Reichsbank, untersteht eigenartigerweise nicht der Regierung, sondern dem Reichstag direkt. Geleitet wird die Reichsbank von sieben Bevollmächtigten, von denen einer, der Vorsitzende, vom König ernannt wird; die übrigen sechs Bevollmächtigten werden vom Reichstag gewählt. Die Bevollmächtigten wählen aus ihrer Mitte die Direktoren. Die Amtszeit der Bevollmächtigten und Direktoren beträgt drei Jahre. Außerdem wählt der Reichstag jährlich 12 Revisoren.

Der Vergleich mit Deutschland.

Bergleicht man die Organisation der Notenbank in den wichtigsten europäischen Ländern (von der sehr komplizierten Organisation des Notenbankwesens in den Vereinigten Staaten mußte Abstand genommen werden, weil sie vom europäischen Typus der Notenbankorganisation allzu stark abweicht) mit der Organisation der deutschen Reichsbank und bringt sie in Beziehung zu den jüngsten Vorgängen, so ist folgendes festzustellen: Nahezu in allen Ländern ist die Notenbank sowohl organisatorisch wie personell aufs engste mit dem Staat verbunden. Trotzdem braucht unter dieser Organisation die Entschluß- und Bewegungsfreiheit der Notenbank nicht zu leiden, wie die Geschichte und Praxis der meisten Notenbanken beweist. England hat zwar eine ähnlich weitgehende Autonomie der Notenbank wie Deutschland. Aber die 1796 gegründete Bank von England hat in der Praxis eine Tradition geschaffen, die die enge Verbindung zwischen Notenbank und Staat absolut gewährleistet; die Banklandschaft hat außerdem keinerlei Einfluß; das vorbildet in England der laienmännliche Laik.

In Deutschland unterstand die Notenbank bis zum Jahre 1922 auch der unmittelbaren Leitung des Reichskanzlers. Das Reichsbank-

tutorium (heutiger Generalrat) war ausschließlich vom Staat bestellt; das galt sogar bis 1924. Freilich hatte auch hier die Tradition einen weiten Spielraum für das Reichsbankdirektorium und den „Präsidenten“ geschaffen. Diese Mischung von formeller Abhängigkeit der Notenbank und faktischer innerer Autonomie hat sich fast 50 Jahre lang behauptet; es war nur die höhere Gewalt des Krieges und der Sanktionen, die die Störung des Währungswesens verschuldet. Seit 1922 hat die Reichsbank trotz ihrer Autonomie sich der Notenschöpfung geopfert. Bekanntlich konnte aber keine Organisation des Währungswesens in den kriegsführenden Ländern den Mißbrauch der Notenpresse durch den Staat verhindern.

Nur unter dem Druck des Auslands wurde die Organisation der Reichsbank geändert, daher auf unorganische, den Eigenbedürfnissen des deutschen Staates nicht entsprechende Weise. Die Haager Vereinbarungen sehen das Bestätigungsrecht des Staatshauptes gegenüber dem Reichsbankpräsidenten vor. Aber dieser Einfluß des Staates wird durch die Zulassung des Generalrats fast illusorisch gemacht. Der Generalrat soll weiter, wie bisher, ein Bankierklub bleiben. Die Kunden der Reichsbank bestimmen ihre Leitung und Politik. Selbst das Reoppositionsrecht des Generalrats (Zuwahl aus eigenem Recht) soll bestehen bleiben. Das ist praktisch die unumschränkte Herrschaft des Finanzkapitals über die Reichsbank, für die es in der ganzen Welt nicht ein einziges Beispiel gibt. In einem demokratischen Staat muß auch in die Leitung der Notenbank ein demokratisches Element eingebaut sein, mindestens in ähnlicher Weise wie in die Organisation der österreichischen Notenbank.

Hefoga keine Entscheidung.

Vertagte Beschlussfassung über die Ferngasverträge.

Die Geschäftsherrerversammlung der Hessischen Kommunalen Gas-N.G., in der die Entscheidung über die Ferngasverträge mit Ruhr und Saar fallen sollte, hat die Beschlussfassung bis zur Klärung der noch bestehenden Zweifel und Bedenken vertagt. Die Vertagung bedeutet keine Besserung der Erfolgsaussichten für die Ruhrgas-N.G., wenn die Vertreter des ablehnenden Standpunktes nachsommer genug bleiben.

Ostpreussisches Staatsrentnerium.

Herr Hartung „berichtigt“.

Mit der Ueberschrift „Ostpreussisches Staatsrentnerium“ haben wir in der vorigen Woche das Verhalten der Leitung der Uniongiecherei in Königsberg gekennzeichnet, und zwar deshalb, weil diese bereits in Konturs gegangene Firma geldliche Hilfe des Reichs zu ihrer Sanierung verlangt, den Reich aber jegliches Mitbestimmungsrecht über die Betriebe verlagern will und darüber hinaus das Reich und den Steuerzahler noch mit der Behauptung beschimpft, es würden staatssozialistische Ziele gegenüber der Uniongiecherei verfolgt. In diesem Zusammenhang nannten wir auch Herrn Direktor Hartung als den Hauptverantwortlichen eines solchen unqualifizierbaren Verhaltens.

Herrn Hartung hat diese Charakterisierung naturgemäß nicht gefallen und er sendet uns unter Hinweis auf den § 11 des Preßgesetzes eine Berichtigung, zu deren Wiedergabe wir uns nicht verpflichtet fühlen, deren Inhalt wir aber dennoch gern bekannt geben. Einmal stellt Herr Hartung fest, daß er keine Aktien der Uniongiecherei besitze. Dann aber sagt Herr Hartung, daß die Verwaltung der Union — man staune über die Kühnheit der Behauptung — vom Reich wegen der geplanten Umänderung weder gefragt noch gehört worden sei.

Diese Behauptung ist wahrlich mehr als verunnehmlich. Mit der Verwaltung der Union, und zwar mit Herrn Hartung persönlich sowie mit seinem Vizepräsidenten Brehm wurde von Reichs wegen nämlich nicht nur einmal, sondern mehrere Male verhandelt. Herr Hartung und Herr Direktor Brehm wurden sogar zu Verhandlungen noch hinzugezogen, als das Reich schon nur noch mit dem Konkursverwalter zu verhandeln gehobt hätte. Bei diesen Verhandlungen wurde auch ganz klar gesagt, welche Absichten das Reich habe, und Herr Hartung und Herr Brehm haben dazu auch Stellung genommen. Es ergab sich freilich dabei die Differenz, daß Herr Hartung sich in Widerspruch mit seinem Vizepräsidenten setzte und sich gegen die Absichten des Reiches aussprach.

Endlich behauptet Herr Hartung, daß unsere sachliche Darstellung über die Fortführung eines Teils der Betriebe ebenfalls den Tatsachen durchaus nicht entspricht. Wir haben uns nach einmal davon überzeugt, daß unsere Feststellungen im ganzen richtig sind. Wir fügen jetzt nur hinzu, daß Herrn Hartungs „Richtigstellung“ nicht ein einziges Wort darüber enthält, weshalb und an welchem Punkte unsere Darstellung falsch wäre.

Unzufriedene Reichsbahn.

Tagung des Verwaltungsrats.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft hat in Berlin wieder getagt. Nach einer Mitteilung über diese Tagung wurden im November und Dezember die veranschlagten Betriebseinnahmen nicht erreicht, und auch für den Januar sei kein günstiges Ergebnis zu erwarten. Die am 1. Februar eintretende Erhöhung der Berliner Stadtbahn- und Vorortbahntrasse werde jährlich nur etwa 17 Millionen Mark neue Einnahmen bringen. Der Verwaltungsrat ermächtigte die Hauptverwaltung zu Verhandlungen über die im Haag festgelegte Beteiligung der Reichsbahn an dem deutsch-französischen Mobilisierungskredit. Nach Prüfung aller zum Ausgleich der Betriebsrechnung vorhandenen Möglichkeiten wurde der Generaldirektor mit weiteren Schritten bei der Reichsregierung beauftragt.

Da Herr Dormmüller sicherlich nicht erklären wird, daß die Reichsbahn auf die von ihr beantragte Tarifierhöhung verzichtet, dürfte ein neuer Druck auf die Reichsregierung für die Erhöhung der Tarife zu erwarten sein.

Generalversammlung der Reichsbank.

Am 15. Februar.

Die Generalversammlung der Reichsbank findet am Sonnabend, den 15. Februar, vormittags 10 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen neben der Vorlegung des Verwaltungsberichts nebst Bilanz und Gewinnberechnung für 1929, Beschlussfassung über Veränderung des Bankgesetzes, Bestätigung der Wiederwahl zweier deutscher Mitglieder des Generalrats, Ergänzungswahlen zum Zentralausschuß und sonstiges.

Halle erhöht die Tarife.

Zur Sicherung einer städtischen Werksanleihe.

Die Stadt Halle (Saale) hat vor acht Wochen ihre Gas-, Kraft-, Wasser- und Verkehrsbetriebe in eine Aktiengesellschaft eingebracht, um die Kreditbeschaffung für die Werke zu erleichtern. Die Werke haben jetzt — wie es heißt mit einer mitteldeutschen Bank — einen Anleihevertrag über 6,7 Millionen Mark auf fünf Jahre zu 9 Proz. abgeschlossen; der Erlös soll zur Rückzahlung eines Kredits der Stadtkasse verwendet werden. Gleichzeitig wurde eine Erhöhung der Tarife für Strom, Gas, Wasser und die Straßenbahn von den Warten beschlossen, um die für die Anleihe erforderlichen Sicherheiten zu schaffen.

Die kommunale Kredittrosterhebung führt also auch andernwärts zu Tarifierhöhungen. Berlin steht nicht allein.

Hannoversche Bodenkreditbank.

12 Proz. Dividende verteilt die von der Arbeiterbank herrschte Hypothekendarbank.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Boanden A.-G. hat seit einigen Jahren in der hannoverschen Bodenkreditbank in Hildesheim, die jetzt auch in Berlin eine Filiale unterhält, einen maßgebenden Einfluß. Im Aufsichtsrat und im Direktorium sitzen Vertreter der Arbeiterbank und der freien Gewerkschaften. Wie wir erfahren, hat die Hildesheimer Hypothekendarbank auch im vergangenen Jahre wieder zufriedenstellend gearbeitet. Auf das Kapital von 36 Millionen Mark können, wie in den Vorjahren, an die Aktionäre wieder 12 Proz. Dividende verteilt werden.

J. G. Farben ist zufrieden.

Aber man übt wieder meisterhafte Schweigsamkeit.

Die J. G. Farbenindustrie A.-G. hat für das letzte Quartal des vergangenen Jahres ihren Vierteljahrsbericht veröffentlicht. Gegenüber dem dritten Quartal hat sich danach wenig verändert. Das inländische Farbstoffgeschäft ist leicht verbessert, der Auslandsabsatz war im ganzen gut. Chemikalien blieben auf dem Niveau der ersten Dreimonatsjahre. Der Stickstoffabsatz ist normal, die Verständigung mit den Stickstoffproduzenten des Ruhrgebietes wird erwünscht. Von dem Abkommen mit Rockefeller Standard Oil Company wird nichts weiteres gesagt, als daß die Standard Oil das ihr von der J. G. Farben verkaufte Kohlenflüssigkeitsverfahren zur Anwendung bringen will. Pharmazeutische Produkte hatten trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten größeren Absatz als im Vorjahr, während photographische Artikel und Kinasolins etwas zurückgegangen sind. Die Kunstfaserfabriken seien bei unbedeutenden Preisen voll beschäftigt. Der Geschäftsgang könne im ganzen als befriedigend bezeichnet werden.

Was die Deffektivität interessiert, die Bedingungen des Patentverkaufs an Standard Oil, der Stand der künstlichen Benzinherzeugung in Leuna sowie die Entwicklung des Stickstoffgeschäftes, das wird auch in diesem Quartalsbericht der Deffektivität wieder sein säuberlich verschwiegen.

Getreide-Kredit-Bank A.-G. 8 Proz. Dividende. Der Aufsichtsrat der Getreide-Kredit-Bank A.-G. beschloß gestern, der auf den 27. Februar einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen, nach erheblichen Abwägungen eine Dividende von 8 Proz. (im Vorjahre 10 Proz.) zur Verteilung zu bringen.

Mißfarbene Zähne

entstellen das schönste Antlitz. Uebler Mundgeruch wirkt abstoßend. Beide Schönheitsfehler werden gründlich beseitigt oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden Chlorodont-Zahnpaste. Die Zähne erhalten darnach einen wundervollen Eifenbeinglanz, auch an den Seitenflächen, besonders bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mitgezähntem Borstenschnitt. Faulende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. — Chlorodont: Zahnpaste, Mundwasser, Zahnbürsten Einheitspreis 1 Mark bei höchster Qualität. — Man verlange nur echt Chlorodont in blau-weiß-grüner Originalpackung und weise jeden Ersatz dafür zurück.

